

Das Parteienwesen Österreich-Ungarns. Hrsg. von Gábor Erdődy. Akadémiai Kiadó. Budapest 1987. 145 S.

In Durchführung einer Vereinbarung zwischen den Akademien der Wissenschaften in Wien und in Budapest wurde im Jahr 1977 eine ungarisch-österreichische Historikerkommission ins Leben gerufen, deren Zusammenkünfte abwechselnd in dem einen oder anderen Staat stattfinden. Die dritte dieser Konferenzen – Juni 1983, Budapest – war der Erörterung von Einzelheiten aus der Parteiengeschichte der Habsburgermonarchie gewidmet. Die Mehrzahl der dort vorgetragenen Referate wird in dem hier anzuzeigenden Sammelband veröffentlicht¹.

An seinem Inhalt dürfte die Leser der ZfO dreierlei besonders interessieren. Zum einen werden in mehreren Beiträgen mit Bezug auf das Tagungsthema Lage und Entwicklung in den Ländern der St.-Stephans-Krone beschrieben und erklärt. Das ist allein schon deshalb ein Gewinn, weil die Vorstellung, die man sich in der deutschsprachigen Forschung im allgemeinen vom Schicksal der Donaumonarchie macht, vornehmlich wegen der verbreiteten Unkenntnis des Ungarischen im wesentlichen von Vorgängen und Erscheinungen bloß in Cisleithanien bestimmt war und ist.

Zum andern ist der von immer wieder neuen Ausgangspunkten aus geführte Nachweis wichtig, wie groß zwischen den beiden Reichsteilen die staatsrechtlichen, politischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und mentalen Unterschiede waren. Das hat zur Folge, daß selbst in den Studien, in denen man sich in vergleichender Absicht mit der Geschichte der politischen Parteien beschäftigt, mehr Abweichungen als Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Vor allem gilt das von den extrem nationalistischen Tendenzen zugunsten des Staatsvolks in Transleithanien, durch die hier Liberalismus und Arbeiterbewegung einen gänzlich anderen Charakter angenommen haben, als wir ihn aus der westlichen Reichshälfte kennen. Besonders deutlich wird das am Verzicht der ungarischen Sozialdemokraten auf eine Adaptation des Brüner Nationalitätenprogramms (1899) erläutert; in Ungarn gab es damals eben nicht die geringste Chance für eine Föderalisierung, welcher Art auch immer.

Als dritte bemerkenswerte Einzelheit ist eine allerdings eher bedenkliche Beobachtung zu nennen. Alle Referenten beschränkten sich darauf, ihren Gegenstand aus der Perspektive der habsburgischen Deutschen oder der der Madjaren darzustellen. Die Wirklichkeit des alten Reiches hätte jedoch erfordert, daß – noch dazu bei einem so global formulierten Konferenzthema und den sehr umfassend lautenden Titeln der einzelnen Beiträge – das Parteienwesen auch derjenigen Nationen angemessen berücksichtigt worden wäre, die seinerzeit kein Staatsvolk waren. So aber manifestiert sich hier, anscheinend als Konsequenz des Lebens und Arbeitens in einem der national definierten Nachfolgestaaten, eine vermutlich als solche gar nicht mehr wahrgenommene historiographische Einengung, die zu bedauern ist.

Köln

Peter Burian

1) Wilhelm Brauneder: Parlamentarismus und Parteienwesen in der österreichisch-cisleithanischen Reichshälfte 1867–1918. – Béla Sarló: Die rechtlichen Charakterzüge des ungarischen Parlamentarismus nach 1867. – Friedrich Gottas: Liberale in Österreich und Ungarn – Versuch einer Gegenüberstellung. – János Veliky: Wandlungen der Unabhängigkeitsbewegung in Ungarn nach 1867. – Lothar Höbelt: Die deutschnationalen und liberalen Gruppierungen in Cisleithanien. Von der Vereinigten Linken zum Nationalverband. – Tibor Erényi: Der Austromarxismus und die ungarische Sozialdemokratie. – Helmut Konrad: Arbeiterbewegung und Sozialismus in Cisleithanien. – Dániel Szabó: Die Partei des politischen Katholizismus in Ungarn. – Éva Madaras: Der Nachklang der Wiener Bürgermeisterkrise in den Jahren 1895–1897 in Ungarn.